

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 75 (1995)
Heft: 6

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ulrich Pfister

SOZIALPOLITISCHER BUMERANG

Die 10. AHV-Revision, über die am letzten Juni-Wochenende abgestimmt werden muss, ist wahrscheinlich die letzte Etappe beim kontinuierlichen Ausbaus des grossen Sozialwerks.

Die nächsten Revisionen werden – das ist heute schon absehbar – der Konsolidierung und finanziellen Sicherstellung der «ersten Säule» (d. h. der staatlichen Sozialwerke) unter sich einschneidend verschlechternden demographischen Voraussetzungen gewidmet sein. Wird die Revision abgelehnt, müsste eine Neuauflage bereits in einem wesentlich pessimistischeren Klima in Angriff genommen werden. An der Frage des Frauenrentenalters, die ja auch die Gegner der jetzigen Vorlage für eine spätere Revision nicht ausschliessen wollen, wird dann erst recht nicht vorbeizukommen sein. Und ob die zahlreichen Verbesserungen namentlich für die Frauen nach der jetzt geführten harten Konfrontation nochmals zu einem «historischen» Kompromiss gebündelt werden können, ist mehr als fraglich.

Unter diesen Umständen ist der in erster Linie von den Gewerkschaften angezettelte und trotz des klaren Urabstimmungsentscheids der SP-Mitglieder für die Revision mit grösster Verbissenheit geführte Referendumskampf sachlich kaum mehr verständlich. Mag sein, dass man sich mit der demagogischen Behauptung, dies sei der «grösste Sozialabbau der Nachkriegszeit», eine zündende Wirkung für die Wahlen im Herbst verspricht. Für die anstehende Grundsatzdebatte über die Sozialpolitik dürfte sich diese Munition jedoch als Rohrkrepiierer erweisen. Die Weigerung, die von einem breiten, aber nicht selbstverständlichen Konsens getragenen Verbesserungen – Splitting, Erziehungs- und Betreuungsgutschriften, neue Rentenformel, Flexibilisierung – nur zusammen mit einer angemessenen Finanzierung zu diskutieren, wird der konstruktiven Suche nach einer gezielteren Sozialpolitik zweifellos nicht förderlich sein. Der Bumerang wird spätestens auf die von den Gewerkschaften lancierte Auffanginitiative – ein verfassungsrechtlich ohnehin hochproblematisches Volksbegehren – mit dem unveränderten Gesetzesinhalt ohne die Erhöhung des Frauenrentenalters zurückfallen.

Die Art und Weise, wie die Politiker – nicht nur die opponierenden – mit diesem Stein des Anstosses, der allmählichen Anhebung des Frauenrentenalters auf 64 Jahre, umgehen, zeigt allerdings geradezu exemplarisch, wie sehr man sich in der Öffentlichkeit daran gewöhnt hat, angeblich soziale Verteilungsschlüssel nur unter dem Blickwinkel des Besitzstandes an Privilegien zu betrachten. Wenn man dagegen lediglich finanziell argumentiert, mit Beitragsjahren und Lebenserwartungen, wird der Vorwurf, die Frauen müssten alleine für die ihnen zustehenden Verbesserungen «bezahlen», sogar verständlich. Dass die Operation letztlich mit dem unaufhaltsamen Prozess der Gleichstellung zu tun hat, der für einmal auch eine Pflicht und nicht nur Rechte tangiert, wird nur von wenigen Befürworterinnen und Befürwortern mit dem erforderlichen Mut vertreten. Man erspart es damit den enragiertesten Gleichstellungsanwältinnen im Referendumskomitee, sich für die Inkonsequenz ihrer Besitzstandsargumentation rechtfertigen zu müssen. Die rabiate Forderung, zuerst müssten alle Gleichstellungslücken gefüllt sein, bevor man allenfalls auf ein Privileg verzichte, negiert den schrittweisen Prozess, dem man mit der auf über ein Jahrzehnt erstreckten Anpassung des Frauenrentenalters ausreichend Rechnung getragen hat. Auch hier droht die Blockierung weiterer Fortschritte im Bereich der rechtlichen und faktischen Gleichstellung.

Nicht die 10. AHV-Revision, sondern das Referendum dagegen könnte daher zum «gesellschaftspolitischen Rückschritt für die Frauen» werden. Dessen sollten sich gerade auch die Frauen beim Urnengang bewusst sein. Darüber hinaus müssten sich alle, die sich von diesem pseudosozialen Streit letztlich nichts anderes als einen verstärkten Druck auf die generelle Herabsetzung des Rentenalters erhoffen, die Frage stellen, welchen Preis wir längerfristig für diesen «Fortschritt» zahlen müssten. ♦

KORRUPTION, DER SCHATTEN DES INTERVENTIONISMUS

«Free market economy – quo vadis?» war eine der zentralen Fragestellungen, die am «China Workshop» der deutschen Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Atlas Foundation in Beijing zur Debatte standen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Europa und Amerika hatten dabei ausgiebig Gelegenheit, mit chinesischen Wissenschaftlern ins Gespräch zu kommen.

Die Plenardiskussionen wurden auf chinesischer Seite mit der traditionell höflichen Zurückhaltung geführt, aber es kamen auch kritische und selbstkritische Meinungen zum Ausdruck. Allerdings wurde der an grundlegend frei geführte Kontroversen gewöhnte europäische Teilnehmer den Eindruck nie ganz los, dass bei dieser Kritik und Selbstkritik ein hoher Anteil an autorisierter «Ordonnanzmeinung» zum Ausdruck kam. Nach offizieller Darstellung ist es die Regierung, welche einen geplanten «Systemwechsel» der Wirtschaftspolitik durchführt, etwa wie wenn in einem Privathaushalt der Gasherd durch einen Elektroherd ausgewechselt wird. Das «neue System der Wirtschaftspolitik» (das keineswegs als «Wende» im Gesamtsystem gedeutet wird, sondern als «Modernisierung» und «Öffnung») wechselt von zentral und dezentral verwalteten Staatsbetrieben zu einer «Sozialistischen Marktwirtschaft». Diese beruht auf konkurrierenden nicht-staatlichen Betrieben, bei denen aber Beteiligungen der «öffentlichen Hand» (bzw. von ganzen «Branchen» der Staatsverwaltung wie Energie oder Militär) im Vordergrund stehen. Die auch bei uns nicht immer leichte Unterscheidung von «öffentlichen» und «privaten» Komponenten in gemischtwirtschaftlichen Betrieben ist angesichts dieser Verflechtungen und Verschachtelungen schlechterdings unmöglich. Daneben gibt es aber auch viel erfreulichen marktwirtschaftlichen Ur- und Wildwuchs: die sichtbaren und spürbaren Resultate eines deregulierten «Self-employment» von Klein- und Kleinstunternehmern. Es ist zu hoffen, dass die «am Rande Geduldeten» bald einmal zu den tragenden Säulen des Wandels werden. Zu befürchten ist allerdings, dass der mit allerhand marktwirtschaftlichen Geburtsfehlern behaftete gemischtwirtschaftliche Korruptionsfilz früher oder später «von oben nach unten» die wirklich marktwirtschaftliche Konkurrenz der privaten Unternehmungen, die auch in China «von unten nach oben» wächst, durch einen neuen Interventio-

nismus und Protektionismus bedroht. Die vorhandenen totalitären politischen Strukturen, die vom «Wandel» und von der «Öffnung» sorgfältig ausgenommen werden, erlauben es, solche Schritte als «Schutz der sozialistischen Marktwirtschaft» zu bezeichnen. Den ausländischen Investoren mag dies zunächst in ihrem eigenen Interesse nur recht sein. Im Interesse einer längerfristig gesunden marktwirtschaftlichen Entwicklung muss aber festgestellt werden, dass das Engagement der ausländischen Investoren auf der «unfreiheitlich interventionistischen Seite» eingegangen wird und dass unsere China-Pilger aus Politik und Wirtschaft – einmal mehr – den falschen Leuten die Hände schütteln und Kredite in Aussicht stellen...

«Ausser Kontrolle»

Die offizielle Regierungspolitik der Wirtschaftsreform und der Öffnung, welche den Handel betrifft, aber beispielsweise im politisch empfindlichen Bereich der elektronischen Medien grosse Zurückhaltung übt, findet auch in akademischen Kreisen kaum Widerspruch. Beklagt wird allenfalls das Tempo und der Zerfall nationaler chinesischer Kultur im Zuge der «Mac-Donaldisierung». Als aussenstehender Beobachter wird man den Eindruck nicht los, dass der Transformationsprozess mindestens zum Teil aufgrund chaotischer Urkräfte stattfindet, etwa wie ein Dammbbruch oder ein Vulkanausbruch, wobei diese Vergleiche natürlich zu negativ sind, weil ja die Ströme, welche sich neu ihren Weg bahnen, mehrheitlich heilsame Ströme sind. Die sozialistische Nomenklatura ist nicht mehr in der Lage, überall steuernd und koordinierend Einfluss zu nehmen. Aus dieser Not wird nun eine Tugend gemacht, indem man das Chaos als «gewollte Öffnung» bezeichnet und die entstehenden wirtschaftlichen Chancen einerseits als politischen Erfolg feiern lässt und andererseits persönlich soviel wie möglich finanziell

davon profitiert. Auch wenn Vergleiche immer hinken: Die derzeitige Wirtschaftspolitik kann mit den fast tragikomischen Bemühungen der chinesischen Verkehrspolitisten verglichen werden, wie man sie etwa auf den grösseren Kreuzungen in Beijing und Shanghai beobachten kann. Sie versuchen, den Verkehr zu regulieren. Ein eigentlicher Phasenwechsel kommt im kreuz und quer durcheinanderfliessenden und zeitweise blockierten Strom nicht zustande, aber immerhin: Die Stockungen werden immer wieder aufgelöst, und schliesslich fliesst alles wieder – ob trotz oder wegen der fuchtelnden und pfeifenden Uniformierten, bleibe dahingestellt. Sie scheinen auszudrücken: «Seht, wie das alles dank uns funktioniert, denn schliesslich hätten wir ja die Macht, alles zu blockieren...!»

Korruption als «Altlast»

Ein grosses Übel wird allgemein diagnostiziert und beklagt: die Korruption. Sie ist denn auch nicht zu verstecken, und jeder weiss Dutzende von Münsterchen zu berichten. Als einziges Heilmittel dagegen wird eine Verschärfung strafrechtlicher Verfolgung mit generalpräventiven drakonischen Strafen genannt, auch hier – durchaus im Einklang mit der Regierung, die damit an die konfuzianischen Tugenden appellieren kann. Dass dadurch mit grosser Wahrscheinlichkeit nur die Korruptionsebene gewechselt und der «Korruptionstarif» nach oben verschoben wird (man muss dann eben die Anti-Korruptionsbehörden wirksam korrumpieren), ist ein Einwand, der zwar ungerne gehört wird, der aber auf dem Hintergrund von vielfältigsten historischen Erfahrungen nicht zu widerlegen ist.

Bis zum Überdross wird man mit der Auffassung konfrontiert, die Korruption sei eine notwendige Begleiterscheinung der Marktwirtschaft, gewissermassen der Preis, den man für die Freiheit bezahlen müsse. Wenn eben alles käuflich und verkäuflich werde, könne man auch die traditionelle Moral nicht mehr aufrechterhalten...

Ich habe mich in allen Kurzvorträgen und Diskussionsvoten, die ich durch Vermittlung der Organisatoren in verschiedenen akademischen Gremien halten durfte, bemüht, den Nachweis zu führen, dass Korruption gerade *nicht* eine Begleiterscheinung des Marktes, sondern seines Gegenstücks, der politisch beherrschten bzw. regulierten *Macht*wirtschaft sei. Korruption ist der Kauf von politischer Interventionsmacht bzw. der Loskauf von politischer Kontrolle wirtschaftlichen Tuns: der Tausch von Geld

Korruption blüht dort am üppigsten, wo der Interventionismus und Protektionismus im Verfallsstadium einer alten Ordnung «die Karten neu mischt».

gegen Privilegien. Sie mag in einer Phase des Übergangs ökonomisch gesehen gelegentlich «das kleinere Übel» sein, weil sie – gegen Geld – gewisse notwendige Freiräume öffnet. Moralisch ist sie immer ein Übel, und eine von diesem Virus befallene Gesellschaft ist dadurch auch ökonomisch belastet. Das einzige wirksame Mittel gegen Korruption ist eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung, welche genügend Freiräume *für alle* gewährleistet und damit eine Gegenleistung in Geld überflüssig macht. Wer *Rechte* für eine privatautonome Wirtschaftstätigkeit hat, braucht keine Bestechungsgelder, um sich *Vorrechte* zu kaufen. Wo wenig staatliche Macht vorhanden ist, gibt es auch wenig davon auf dem Korruptionsweg zu «verkaufen» und zu «kaufen», und wo der Staatsapparat grundsätzlich nicht in wirtschaftliche Abläufe eingreift, gibt es auch kein Motiv, dafür Bestechungsgelder zu bezahlen. Korruption mag auch in solchen Ordnungen nie ganz verschwinden, aber ihre Bedeutung sinkt, weil das, was sich dadurch an Vorteilen erkaufen lässt, gegenüber dem, was allen ohnehin erlaubt ist, in den Hintergrund rückt. Es gibt immer und überall bestechliche Menschen, aber es gibt Ordnungen (totalitäre und interventionistische), in denen der Erfolg in erster Linie von Bestechungen abhängt, und andere (freiheitliche und marktwirtschaftliche), in denen die Leistung und die spontane Nutzung von Konstellationen den Ausschlag geben.

Korruption blüht dort am üppigsten, wo der Interventionismus und Protektionismus im Verfallsstadium einer alten Ordnung «die Karten neu mischt» und ein Durchbruch zu einer wirklich staatsunabhängigen Marktwirtschaft wenig Chancen hat. Sie ist ein typisches «Altlast-Problem» von Systemen ohne offene Märkte und eine zwingende Begleiterscheinung aller Formen des Interventionismus. Es gehört zu den auch hierzulande weit verbreiteten Irrtümern, diese typische «Altlast» nicht-marktwirtschaftlicher Ordnungen bzw. marktwirtschaftlich defekter Ordnungen ausgerechnet als «notwendige Folge» der Marktwirtschaft zu deuten.

P.S. Auf dem Rückflug aus China in die Schweiz sass ich neben einem jüngeren Unternehmer aus der Schweiz – ein sogenannter China-Kenner. Dieser lobte die Fortschritte der Öffnung und den «unternehmerischen Geist» der ehemaligen kommunistischen Bürokraten. Aber eben, mit der Marktwirtschaft halte notwendigerweise auch die Korruption Einzug. Da könne man nichts machen... ♦

ARMEEREDUKTION – LINKE SALAMITAKTIK ODER GESINNUNGSWANDEL?

Kaum hat die «Armee 95» damit begonnen, ihr anspruchsvolles Reformprogramm umzusetzen, meldet die Leitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) ihrerseits ein auf das Zieljahr 2005 ausgerichtetes radikales Reformprogramm¹ an.

In den Medien nur kurz erwähnt und nicht durchwegs freundlich kommentiert, wurde die Studie von der Öffentlichkeit bisher wenig beachtet. Immerhin liess der Chef des Militärdepartements verlauten, dass er das Projekt zur Prüfung entgegennehme.

Der hauptsächliche und vordergründige Zweck des sozialdemokratischen Reformvorschlages besteht in einer massiven Kostensenkung der Aufwendungen für die militärische Landesverteidigung. Dennoch enthält er Aussagen von grundsätzlicher Bedeutung. Dies in dreierlei Hinsicht:

Erstens: Die SPS bekennt sich mit ihrem Dokument deutlich zur Unverzichtbarkeit einer militärischen Landesverteidigung. Sie bejaht die allgemeine Wehrpflicht und das Milizsystem.

Zweitens: Die SPS weicht von ihrer bisher verfolgten Linie einer weitgehend symbolischen Landesverteidigung – reines Infanterieheer – ab und postuliert eine zeitgemäss ausgestattete, mobile und feuerkräftige Streitmacht.

Drittens: Die SPS versteht die Armee als reines Verteidigungsinstrument gegen aussen. Sie soll vom Assistenzdienst, insbesondere vom Rettungsdienst und vom Ordnungsdienst, entbunden werden.

Militärpolitische Aspekte

Das Reformprojekt wurde von «alternativen» Wehrexperten der Bundesrepublik erarbeitet. Das hat den Vorteil, dass es nicht mit dem Trauma des traditionellen Antimilitarismus der schweizerischen Linken belastet ist. Die Probleme werden offen und unvoreingenommen abgehandelt. Da eine der Periode des kalten Krieges vergleichbare und unmittelbare Grossbedrohung auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hinaus nicht bestehe, lasse sich eine massive Reduktion des Wehrpotentials verantworten. Bei einem Bestand von 150 000 Mann verringere sich die Dauer der Wehrpflicht auf rund zehn Jahre. Allein schon mit dieser Massnahme liessen sich erhebliche Kosten einsparen.

Wie Berechnungen des Eidgenössischen Militärdepartements ergeben haben, wird sich der heutige Mannschaftsbestand von 400 000 ab etwa 2005 tatsächlich nicht mehr aufrechterhalten lassen. Eine Herabsetzung der Personalstärke steht also in absehbarer Zukunft bevor. Fragt sich nur, wo man sich trifft. Das aber hängt vom Umfang und von der Analyse des Armeeauftrages und der notwendigen adäquaten Ausrüstung ab.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass das Reformprojekt von einigen jener Parteipolitikern vorgestellt wurde, die sich stets einer konstruktiven Mitarbeit an der Landesverteidigung versagt haben. Ist alles also nur Taktik, oder ist tatsächlich ein fundamentaler Gesinnungswandel eingetreten?

Militärtechnische Aspekte

Das Projekt will fehlende Personalsubstanz durch erhöhte Beweglichkeit und Feuerkraft ausgleichen. Militärfachleute horchen bei solchen Ankündigungen interessiert auf. Logischerweise müssten also bei einer mehr als 50prozentigen Mannschaftsreduktion die Transport- und Feuermittel entsprechend erhöht werden. Dem ist aber nicht so; denn die Kampfpanzer- und Schützenpanzerflotte wird ebenfalls um die Hälfte und mehr reduziert. Die Flugwaffe wird weiter verkleinert. Indem älteres Material ausran-

	CH, A 95	CH, A 2005 SPS	Griechenland
Personalbestand	400 000	150 000	158 000
Kampfpanzer	812	380	1 900
leichte Panzerfahrzeuge	1 550	1 320	2 000
Artillerie, z.T. Mehrfachgeschütze	1 100	660	1 900
Kampfhelikopter	–	–	160
Kampfflugzeuge davon eingemottet	162	105 30	312

giert wird, soll ein Modernisierungseffekt erzielt werden.

Immerhin empfiehlt die Studie einige ohnehin anstehende Kampfkraftverstärkungen: die Einführung von sogenannten Kampfschützenpanzern, ferner von Radpanzerfahrzeugen für diverse Zwecke sowie mobilen Salven-Minenwerfern und Artillerie-Raketenwerfern. Schliesslich wäre die Komponente «Aufklärung» zu verstärken.

Der Bestand an Ausrüstungsgut wird also ebenfalls abgebaut. Damit werden bei der Beschaffung und im Unterhalt wiederum Kosten gespart. Per Saldo erfolgt eine empfindliche Reduktion an personeller und materieller Kampfkraft. Nun versucht die SPS-Studie mit Hilfe internationaler «Dichtevergleichen» den Nachweis zu erbringen, dass auch ihre «Armee 2005» immer noch relativ stärker wäre als beispielsweise die Heere unserer Nachbarländer. Dies, indem man gewisse Zählobjekte (z. B. Mannschaftsbestände und Waffensysteme) in Beziehung zur Fläche des Landes setzt. Man muss nicht einmal Insider sein, um zu erkennen, dass derartig rein statistische Vergleiche für die Ermittlung strategisch-operativer Kampfwerte untauglich sind.

Aussagekräftiger für die Sichtbarmachung des Verhältnisses von Personal zu Kampfgerät wären da schon Vergleiche mit einem nicht-neutralen, bündnisgeschützten Kleinstaat wie z. B. Griechenland.

Die neue SPS-Armee ist also just das, als was sie gewisse sozialdemokratische Exponenten immer wieder verhöhnt haben: eine Grossmachtarmee in Taschenformat – genauer, auf Westentaschenformat minimiert.

Die ergänzenden Aufgaben der Armee

Seit den siebziger Jahren betreibt die Schweiz eine integrale und kohärente Sicherheitspolitik. Ihre Instrumente – Diplomatie, wirtschaftliche Landesversorgung, koordinierte Dienste, Zivilschutz und Armee – sind geschult und haben sich als funktionsfähig erwiesen. Die Praxis hat ihrerseits gezeigt, dass bei Naturkatastrophen die zivilen Mittel bei weitem nicht ausreichen. Zivilschutz und Armee sind zu beachtlichen Hilfeleistungen herangezogen worden. Ohne sie hätten Katastrophen, wie sie im Wallis, im Puschlav und anderswo aufgetreten sind, schlicht nicht bewältigt werden können. Die Polyvalenz der Armee hat sich bewährt. Sie entspricht übrigens einem Organisa-

tionsprinzip moderner Streitkräfte. Dank straffer und eingespielter Führungsstrukturen, einer reichhaltigen Logistik und 24-Stunden-Präsenz hat die Armee ihre Effizienz in Katastrophenbewältigung schon oft unter Beweis gestellt. Nun will die SPS zurück zur Eindimensionalität, d. h., Rettungstruppen werden abgeschafft; umfangreiche Sicherungsaufträge (man denke an Plünderungen), genietechnische und vielfältige andere Leistungen werden nicht mehr angeboten.

Es ist unklar, wie die SPS das Problem der Katastrophenbewältigung oder des Ordnungsdienstes (z. B. Bewachung wichtiger Objekte) ohne Rückgriff auf die Armee zu lösen gedenkt. Der Assistenzdienst der Armee gemäss geltender Ordnung ist eine kostengünstige, flexible Bereitschaftskonzeption, die ihresgleichen sucht.

So geht es nicht

Positiv an der sozialdemokratischen Wehrexpertise ist zweifellos das Bekenntnis zur militärischen Landesverteidigung an sich. Historisch gesehen knüpft man also an 1939 an. «Volk und Armee sind ein und dasselbe!», so die damalige Parteileitung der SPS. Die SPS von heute ist auf ihrem erneuten Bekenntnis zur Landesverteidigung zu behaften.

Positiv ist ferner, dass man endlich von der «grossen, einfach ausgerüsteten Infanteriearmee» abrückt. Diese ist im romantischen Bürgerwehrdenken des 19. Jahrhunderts verhaftet. Sie wirkt weder dissuasiv, noch ist sie im Kampf

effizient. Positiv sind schliesslich einige Neubeschaffungsvorschläge und gewisse strukturelle Vorstellungen, so z. B. die «Brigadisierung»; denn dank hoher Kommunikationsfähigkeit lässt sich eine grössere Anzahl von Brigaden leichter führen als wenige, schwerfällige Divisionen.

So optimistisch, wie es die Studie unterlegt, ist die Bedrohungslage in Europa indessen nicht. Die Gefährdung aus der Luft mit Fernwaffen und weitreichenden Präzisionswaffenträgern hat allgemein zugenommen. Eine Konversion der russischen Rüstungsindustrie mit ihren 5–7 Millionen Beschäftigten hat bis jetzt kaum stattgefunden. Die Produktion hochwertigen Rüstungsmaterials wie auch Rüstungsexporte laufen weiter. Die russische Aussenpolitik lässt sich tendenziell als imperialistisch bezeichnen. Wie haben sich doch Politologen, Publizisten und Politiker in jüngerer Vergangenheit in machtpolitischen Belangen getäuscht! Ein neutraler, auf sich

*Um die
«Hauptaufgabe
der Schweizer Armee –
einen soliden
und effizienten Schutz
des Territoriums der
Schweiz» – sicherstellen
zu können, reicht
eine um mehr
als die Hälfte ihrer
heutigen Kampfkraft
reduzierte Streitmacht
nicht aus.*

selbst gestellter Kleinstaat darf sich aber keine Fehleinschätzung erlauben.

Um die *«Hauptaufgabe der Schweizer Armee – einen soliden und effizienten Schutz des Territoriums der Schweiz»* – sicherstellen zu können, reicht eine um mehr als die Hälfte ihrer heutigen Kampfkraft reduzierte Streitmacht nicht aus. Was die SPS vorschlägt, käme allenfalls als Bündnisbeitrag der Schweiz zur Nato bzw. zur WEU in Frage. (Eine solche Absicht wird den Postulanten keineswegs unterstellt, noch steht heute eine militärische Integration überhaupt zu Debatte.)

Der Verzicht auf den Assistenzdienst brächte der Armee zwar eine Entlastung und würde sie auf den Weg der Spezialisierung zur Kampfführung und zu nichts anderem verweisen. Die Konsequenzen einer solchen strukturellen Änderung und Neuverteilung der Aufgaben sind von der Studie aber nicht erkannt oder jedenfalls nicht erwähnt worden. Es müssten im Bereich der zivilen koordinierten Dienste und des

Zivilschutzes gewaltige personelle, materielle, organisatorische und damit finanzielle Investitionen erfolgen, um auch auf regionaler und lokaler Stufe wirksame Katastropheneinsätze zu gewährleisten.

Den Beweis, dass *«dank intelligenter und effizienter Armeekonzeption (...) das gleiche Sicherheitsangebot garantiert werden [kann] wie heute zu doppelten Kosten»*, ist die Studie schuldig geblieben. Das von Vertretern der Parteileitung und der sozialdemokratischen Arbeitsgruppe *«Schweizer Armee zu halben Kosten»* abgelegte Bekenntnis zu einer wirksamen Landesverteidigung hat im Hinblick auf eine umfassende Konzeption der Sicherheitspolitik empfindliche Lücken und bleibt unglaubwürdig. ♦

1 LUTZ UNTERSEHER: *«Die Landesverteidigung der Schweiz: ein praktisches Modell für die Zukunft, vorgelegt von der sozialdemokratischen Arbeitsgruppe «Schweizer Armee zu halben Kosten»*, Januar 1995.

Wer übernimmt Patenschaftsabonnemente?

Immer wieder erreichen uns Anfragen von Lesern oder Einrichtungen (zum Beispiel Bibliotheken), welche die Schweizer Monatshefte aus finanziellen Gründen nicht regelmässig beziehen können. Es ist uns nicht möglich, alle Wünsche zu erfüllen. Deshalb sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen. Unser Vorschlag: Übernehmen Sie ein Patenschaftsabonnement der Schweizer Monatshefte für Fr. 84.– (Ausland Fr. 100.–). Rufen Sie uns bitte an. Wir nennen Ihnen gerne Interessenten. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beigefügte Geschenk-Abokarte mit oder ohne Nennung eines Begünstigten zusenden. Vielen Dank!

*Unsere Adresse:
Schweizer Monatshefte
Administration
Vogelsangstrasse 52
8006 Zürich
Telefon 01/361 26 06
Telefax 01/363 70 05*